

50 Jahre israelische Besetzung Palästinas

Strategien gewaltlosen Widerstands

Seit dem „Sechs-Tage-Krieg“ 1967 sind das palästinensische Westjordanland, der Gaza-Streifen, Ost-Jerusalem und die Golan-Höhen vom Staat Israel und seiner Armee besetzt – ein permanenter Zustand des asymmetrischen Konflikts mit wiederkehrenden kriegerischen Eskalationen, mit jeweils tausenden von Opfern insbesondere unter der palästinensischen Zivilbevölkerung.

Verhandlungen und Konferenzen, allen voran das mit großen Hoffnungen verbundene Oslo-Abkommen von 1993 haben keine Friedenslösung herbeiführen können. Heute leben auf dem Territorium des historischen Palästinas im Wesentlichen zwei etwa gleich große Bevölkerungsgruppen: die seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem aus Europa, später auch aus arabischen und afrikanischen Ländern eingewanderten jüdischen Menschen, häufig geflohen vor antisemitischer Verfolgung – und die dort seit langem ansässige palästinensische Bevölkerung, teils christlicher, überwiegend muslimischer Tradition, welche – insbesondere in den besetzten Gebieten – in allen Belangen weitgehend entrechtet lebt. Dies ist ein permanenter Brandherd der internationalen Politik, inzwischen sogar mit der Drohung möglicher Atomwaf-

feineinsätze gegen muslimische Staaten der Region. Einen hoffnungsvollen Dialog über die ethnischen Barrieren hinweg gibt es zwar weiterhin, jedoch wesentlich nur unter zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Zu diesen Akteuren gehört die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“, deren deutscher Zweig nun aber gerade Ende 2016 ausgerechnet von der (wesentlich kirchlich getragenen) „Bank für Sozialwirtschaft“ in Berlin durch Kündigung ihres Kontos bestraft wurde, wegen ihres Eintretens für „BDS“, das heißt Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Der israelischen Regierungsargumentation folgend, unterstellt die Bank, BDS habe die Zerstörung des israelischen Staats zum Ziel, und erspart sich damit die Mühe, sich mit den eigentlichen Absichten und Strategien von BDS, der von palästinensischen NGOs initiierten Kampagne gegen israelische Apartheid genauer zu beschäftigen. Apartheid, d.h. ethnische Diskriminierung und Entrechtung einer wichtigen Gruppe der Bevölkerung war unter dem damaligen südafrikanischen Regime die Rassentrennung, gegen welche eine internationale zivilgesellschaftliche Kampagne ähnlichen Inhaltes wie BDS weltweit organisiert wurde, bis die politische Entrechtung der schwarzen Bevölkerung aufgehoben wurde. Nicht zufällig gehörten gerade Nelson Mandela und Desmond Tutu zu den

prominentesten Kritikern der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen. Und in dieser Linie unterstützen international auch wichtige protestantische Kirchen die Forderung der BDS-Bewegung, durch ökonomische, gewaltlose Maßnahmen der Zivilgesellschaft auf die israelische Gesellschaft und Regierung einzuwirken, um die drei wesentlichen Ziele der Kampagne zu erreichen: gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser im gesamten Territorium des historischen Palästinas, ein Ende der israelischen Besetzung von Westbank, Ost-Jerusalem, Golan und Gaza sowie das Recht auf Rückkehr für die seit 1948 aus ihrer damaligen Heimat Vertriebenen, wie dies auch die Resolution 194 der UN-Generalversammlung von 1948 verlangt.

Die vierte Genfer Konvention, der der Staat Israel beigetreten ist, untersagt, eigene Bevölkerung im besetzten Gebiet außerhalb des eigenen Territoriums anzusiedeln – eine tatsächlich aber wesentliche Quelle des fortdauernden Konflikts. Shir Hever, israelischer Wirtschaftswissenschaftler, weist darauf hin, dass Israel die widerrechtliche Nutzung des besetzten Gebiets für eigene Wirtschaftstätigkeit immer wieder kaschiert, und damit widerrechtlich EU-Handelsprivilegien für Produkte aus diesen Gebieten in Anspruch nimmt. Einziges wirksames Mittel für europäische Konsumenten, die israelische Kolonisierung,



QALQIILIYA IM WESTJORDANLAND: DIE PALÄSTINENSISCHE STADT IST DURCH DIE MAUER VON IHREM AGRARLAND UND VON DEN NACHBARORTEN ABGESCHNITTEN

de facto eine schrittweise Annektierung des besetzten Gebietes finanziell nicht zu unterstützen, und z.B. auf den Kauf israelischer Produkte gänzlich zu verzichten, bis solche Umgehung der Bestimmungen unterlassen werden. Die wirtschaftliche Nutzung der besetzten Gebiete durch die Besatzungsmacht sei so weit fortgeschritten, dass alle größeren israelischen Transport-, Telekommunikations- und Infrastrukturunternehmen internationales Recht verletzen, indem sie Dienstleistungen für die illegalen Siedlungen erbringen. Die israelischen Konzerne tragen damit Verantwortung für die Fortsetzung der Besatzungs- und Annektionspolitik und damit für ein wesentliches Friedenshindernis.

Die nun seit elf Jahren auch international aktive BDS-Bewegung kann durchaus bereits Erfolge verzeichnen: So erlebte der große Baukonzern „Africa Israel“ nach dem Rückzug des Norwegischen Pensionsfonds und schwedischer Banken eine gravierende Finanz-Krise erleben, und gab schließlich seine Bauprojekte in der Westbank auf. Der Rückzug des Transportkonzerns Veolia aus einem Bahn-Projekt zu Siedlungen in Ostjerusalem ist ein weiteres erfolgreiches Beispiel, ebenso der Verzicht der Deutschen Bahn auf die schon vertraglich vereinbarte Planung einer Bahnlinie von Tel Aviv nach Jerusalem durch besetztes Westbank-Gebiet.

Wichtig ist der Hinweis von Shir Hever, dass es bei der Kampagne nicht um ein Embargo geht, also (abgesehen von der Forderung nach Stopp von Waffenlieferungen) die Versorgung der israelischen Bürger mit Gebrauchsgütern nicht beeinträchtigt werden soll, wohl aber die Geschäfte der Okkupationsmacht in und mit den seit 50 Jahren besetzten Gebieten. Die Forderungen der BDS-Bewegung zielen wesentlich auch auf die Gleichberechtigung von PalästinenserInnen innerhalb des international anerkannten israelischen Staatsgebiets, und auf das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge.

9. und 10. Juni 2017 in Frankfurt/M:
50 Jahre Besatzung in Palästina –
Konferenz des Koordinationskreises
Palästina-Israel. Programm unter:
www.kopi-online.de/wordpress

Vor 50 Jahren, vom 5. bis zum 10. Juni 1967, wütete der „Sechs-Tage-Krieg“ in der Nahostregion, dessen Ergebnis ein überwältigender militärischer Sieg der israelischen Armee über die arabischen Nachbarn war. Er mündete in die bis heute andauernde Besetzung der bis dahin zu den arabischen Staaten Ägypten, Jordanien und Syrien gehörenden Territorien. Der deutsche Koordinationskreis Paläs-

tina-Israel – für ein Ende der Besatzung und einen gerechten Frieden, in dem unsere IPPNW mit anderen deutschen Friedensorganisationen, mit palästinensischen Organisationen in Deutschland ebenso wie mit der Jüdischen Stimme gemeinsam für eine gerechte Friedenslösung in Nahost zusammenarbeitet, lädt aus diesem Anlass zu einer prominent besetzten Konferenz ein.

Wir werden Bilanz ziehen über den Status Quo des Konflikts, aber auch die schwierigen Wege zur Debatte stellen, die zu einer gerechten und deshalb nachhaltigen Friedenslösung in dieser so wichtigen Weltregion führen können. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Shir Hever: Die Politische Ökonomie der israelischen Besatzung. Unterdrückung über die Ausbeutung hinaus; Neuer ISP-Verlag 2014, 263 Seiten, 19,80 €



Matthias Jochheim ist ehemaliger IPPNW-Vorsitzender und aktiv im Arbeitskreis Süd-Nord.